

Mit Beunruhigung stellten sie fest, daß der Konfrontation- und Hochrüstungskurs der USA und anderer Staaten der NATO die internationale Lage weiter verschärft, den Frieden und die Sicherheit gefährdet. Immer neue Massenvernichtungswaffen werden entwickelt und produziert mit der Absicht, die militärische Überlegenheit über die sozialistische Gemeinschaft zu erlangen.

Die Gesprächspartner wiesen darauf hin, daß die Entscheidung der NATO über die Stationierung neuer Mittelstrecken-Raketenwaffen der USA in Westeuropa den Interessen der Völker zuwiderläuft.

Entschieden verurteilen die Deutsche Demokratische Republik und die Ungarische Volksrepublik die grobe Einmischung einiger NATO-Staaten in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik Polen. Sie unterstützen den Kampf der polnischen Kommunisten und Patrioten, die die Errungenschaften des Sozialismus verteidigen.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Ungarische Volksrepublik setzen sich konsequent für die Verwirklichung der Friedensvorschläge der sozialistischen Staatengemeinschaft ein. Sie unterstützen die jüngsten, auf den Prinzipien der Gleichheit und der gleichen Sicherheit beruhenden sowjetischen Initiativen, die auf gerechte Vereinbarungen zwischen der UdSSR und den USA über einschneidende Reduzierungen der Kernwaffen in Europa sowie über eine Begrenzung der strategischen Waffen gerichtet sind. Sie erwarten, daß die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf über das Problem nuklearer Mittelstreckenwaffen in Europa möglichst bald zu Ergebnissen führen.

Sie messen den am 29. Juni 1982 beginnenden offiziellen Verhandlungen über die Begrenzung und Reduzierung strategischer Rüstungen große Bedeutung bei und bringen ihre Hoffnung zum Ausdruck, daß in dieser wichtigen Frage echte Fortschritte erzielt werden.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Ungarische Volksrepublik vertreten unverändert den Standpunkt, daß strittige Fragen auf dem Wege von Verhandlungen gelöst werden müssen. Sie setzen sich für die Fortführung des Dialogs und der politischen Kontakte zwischen Vertretern von Ländern unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme ein und unterstützen den Gedanken eines sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens.

Beide Seiten bringen der sich auf breiter gesellschaftlicher Basis entwickelnden weltweiten Bewegung gegen Aufrüstung, für Frieden und internationale Sicherheit große Sympathie entgegen. Sie begrüßen, daß auch realistisch denkende Kreise der kapitalistischen Länder dafür sind, den Entspannungsprozeß zu bewahren.

Die Gesprächspartner bekräftigten ihr Eintreten für die konsequente Fortsetzung des von der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa begonnenen Prozesses. Sie betonten, daß sie auf den erfolgreichen Abschluß des Madrider Treffens und die Annahme eines ausgewogenen und konstruktiven